



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



**Glaubwürdig – wirtschaftlich – zukunftsfähig:
Eine moderne Beschaffungspolitik muss
nachhaltig sein**

**Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung
an die Bundesregierung**

**Credible—cost-effective—viable for the future:
modern procurement policies must be
sustainable**

**Recommendations of the German Council for Sustainable
Development to the German Government**

Was ist Nachhaltigkeit?

Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

What is Sustainability? (Recommendations in English, see page 20)

Sustainability means to equally consider environmental aspects, social and economic aspects. Thus, future-oriented management means: we have to leave our children and grandchildren an intact ecological, social and economic system. One cannot be achieved without the other.



Inhalt

1	Einleitung	2
2	Empfehlungen an die Bundesregierung	6
2.1	EU-Richtlinie vollständig umsetzen und für Beschaffungsreform nutzen	6
2.2	Ziele verbindlich machen	7
2.3	Nachhaltigkeitsprüfung exemplarisch testen	8
2.4	Monitoring öffentlicher Beschaffung einführen	8
2.5	Informationen verbessern	10
2.6	Beauftragter der Bundesregierung für Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung	11
3	Hintergrund der Empfehlungen	11
3.1	Zur aktuellen Umsetzung der EU-Richtlinien zur öffentlichen Beschaffung 2004/17/EG und 2004/18/EG	11
3.2	Nachhaltigkeit als Orientierung in der öffentlichen Beschaffung	13

(Recommendations in English, see page 20)

1 Einleitung

Die Zeit des billigen Öls ist vorüber, die Erwärmung der Atmosphäre stellt eine teure Rechnung in Aussicht und Rohstoff-Fragen werden für alle Volkswirtschaften immer bedeutender. Mehr als je zuvor bestimmt der Fortschritt an Energieeffizienz und Rohstoffproduktivität die Zukunftschancen Deutschlands. Eine enorme Menge an schädlichen Klimagasen wäre zu marktgünstigen Kosten vermeidbar. Mehr noch, diese Einsparung bringt finanzielle Vorteile beziehungsweise wirft sogar Gewinn ab. Voraussetzung ist allerdings, dass der Staat die Rahmenbedingungen und Maßstäbe richtig setzt und selbst glaubwürdig vorangeht.

Die Herausforderungen des Klimawandels, der Energiesicherheit, des Erhalts der Biodiversität sind global und Abhilfe bringen letztlich nur global wirksame Konzepte. Nichtsdestotrotz sind ihre Auswirkungen auf das Leben der Menschen überall und politisch zunächst auf lokaler und nationaler Ebene zu spüren. Und die lokale und nationale Handlungsebene ist oftmals in besonderer Weise geeignet, Signale des Aufbruchs und der Änderung zu setzen. Führende Unternehmen Deutschlands greifen die Nachhaltigkeit von Produkten, Prozessen und Wertschöpfungsketten auf. Sie stellen dies in den Rahmen der unternehmerischen Verantwortung (Corporate Social Responsibility, CSR), der sie heute nachkommen. Energiesparende Produkte, nachhaltige Finanzanlagen, die Zertifizierung von Nachhaltigkeitseigenschaften für eine zunehmende Zahl von Produktklassen weisen in die richtige Richtung.

Die private Nachfrage nach ökologisch und sozial verantwortbar hergestellten Produkten wird zunehmend zur gesellschaftlichen Innovation. Mit Recht kritisieren Verbraucher die hohe zweite Miete durch gestiegene Energiekosten. Sie wenden sich gegen Verschwendung und Umweltzerstörung sowie die gesundheitlichen Kosten verfehlter Ernährung und Lebensweise. Unterstützenswert sind Initiativen, die für einen ökologisch und sozial bewussten Lebensstil werben und dies mit strategischen Konsumententscheidungen des Einzelnen verbinden.

Aus der Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung zur Fortführung des Pilotprojektes „**Nachhaltiger Warenkorb – Wegweiser zum zukunftsfähigen Konsum**“, Berlin 2003

Nachhaltig konsumieren bedeutet anders einkaufen, verbrauchen, nutzen, mobil sein – bewusst entscheiden. [...] Wenn industriell-westlich geprägte Konsummuster auf die ganze Erde übertragen würden, würden die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit der Erde weit überschritten. Globale Nachhaltigkeitspolitik muss an der Konsum- und Produktionsweise der Industrieländer ansetzen, weil nur dies den angestrebten Lenkungseffekt hat und weil Einsparungen im Konsum vor allen Dingen hier erforderlich sind.

Das Projekt Nachhaltiger Warenkorb verdeutlicht: Der Nachhaltige Warenkorb ist eine Kommunikationsplattform, um die Grundfragen nachhaltigen Konsumverhaltens unter Einbezug der übrigen Akteure und Stakeholder zu diskutieren und dabei neben der Umwelt- und Agrarpolitik auch die Verkehrs-, Bau-, Wohnungs-, Energie-, Bildungs- und Forschungspolitik sowie die öffentliche Hand als Konsument anzusprechen.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/de/veroeffentlichungen/bestellservice/bestelldokumente/der-nachhaltige-warenkorb-ein-wegweiser-zum-zukunftsfahigen-konsum/?blstr=0>

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung wird seine Empfehlung aus dem Jahr 2003 zu einem Projekt „**Nachhaltiger Warenkorb**“ in Kürze wieder aufgreifen. www.nachhaltiger-warenkorb.de

Im Konzert der Nachfrage und der Konsumententscheidungen spielen die staatlichen Akteure eine wichtige Rolle. In Bund, Ländern und Kommunen geben die für die Beschaffung zuständigen Ämter große Summen für Güter, Dienstleistungen und Bauaufträge aus, um ihre Verwaltungsaufgaben zu erfüllen und Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen. Die öffentliche Hand vergibt in Deutschland jedes Jahr Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Wert von etwa 360 Mrd. Euro. Das macht ca. 17% des Bruttoinlandsproduktes aus. Die Vergabepaxis des Bundes hinkt der anderer öffentlicher Auftraggeber hinterher. So sind einige Bundesländer und Kommunen hier viel weiter als der Bund.

Solange diese Ausgaben jedoch nicht explizit und nachprüfbar an Kriterien der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden, besteht die Gefahr, dass der Steuerzahler doppelt zahlt: Zum einen zahlt er, wenn Einsparmöglichkeiten und Effizienz nicht beachtet werden, zum anderen, wenn die ökologische und soziale Zeche zu zahlen ist, die aus Fehlentscheidungen folgt.

Die öffentlichen Auftraggeber müssen auch bei der Umsetzung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Unterlassen sie dies, oder wird dies nicht hinreichend deutlich, beeinträchtigt dies die Glaubwürdigkeit der Politik. Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut, das durch eine unachtsame, eingefahrene, kurzfristige oder unbedachte öffentliche Beschaffung stärker in Mitleidenschaft gezogen werden kann als durch die eine oder andere Politikentscheidung, die den wechselnden Zeitläuften der öffentlichen Meinungsbildung unterliegt. Regelmäßige öffentliche Diskussionen um die Beschaffung von Dienstwagen bestätigen dies.

Die Glaubwürdigkeit der deutschen Nachhaltigkeitspolitik bemisst sich auch daran, wie die öffentliche Hand als Investorin und Konsumentin agiert und ob man sich an guten Beispielen unserer Nachbarn in Europa orientiert. Zum Beispiel haben sich die Niederlande zum Ziel gesetzt, bis 2020 100% der öffentlichen Beschaffung nachhaltig zu gestalten. Das ist ein ambitioniertes Ziel, das über die Vorgaben der EU weit hinausgeht.

Die Bundesregierung hat in ihrer Beschaffungspolitik in der jüngsten Vergangenheit positive Zeichen gesetzt. Insgesamt ist die öffentliche Beschaffung jedoch immer noch von unzeitgemäßen Verfahren und Vorstellungen geprägt und hält mit den Anforderungen an eine moderne Beschaffung, die sich dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet, nicht mit. Positive Signale sind:

- Seit Januar 2008 gilt eine Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen und energieeffizienten Beschaffung. Sie fördert bei allen öffentlichen Auftraggebern auf Bundesebene die bevorzugte Beschaffung energieeffizienter Geräte und Dienstleistungen. Allerdings steht noch aus, ob Länder und Kommunen dieser Regelung folgen.

- Seit dem Januar 2007 soll die Bundesverwaltung beim Kauf von Holzprodukten nachweisen, dass diese aus legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammen. Als Nachweis gelten dazu einschlägige Zertifikate.
- Bis zum Jahr 2020 (!) verlangt die Bundesregierung (in ihrer Biodiversitätsstrategie) von sich selbst ein Beschaffungs- und Bauwesen, das sich auch an biodiversitätserhaltenden Standards orientiert.
- Die EU eröffnet bereits jetzt Möglichkeiten, soziale und umweltbezogene Aspekte bei der öffentlichen Auftragsvergabe zu berücksichtigen. Die Bundesregierung hat einige Regelungen übernommen. Die derzeit laufende sogenannte zweite Etappe der Reform der öffentlichen Vergabe soll soziale und umweltbezogene Kriterien auch bei der Auftragsausführung zulassen. Ferner hat die EU-Kommission 2007 Vorschläge zu nachhaltigem Produktions- und Konsumverhalten vorgelegt, insbesondere zu Nachhaltigkeitskriterien bei der öffentlichen Beschaffung und bei der energieeffizienten Gestaltung von Geräten und Verfahren sowie dem Transport. Diese Gesetzesvorhaben werden derzeit verhandelt. Weitere Initiativen sollen folgen.

Diese Signale greifen jedoch allesamt zu kurz.

- Sie sind technokratisch, wo sie ein Zeichen für eine zukunftsfähigere Kultur setzen sollten.
- Sie sind administrativ verkürzt, wo es darum ginge, die Aspekte eines nachhaltigen Lebensstils in ihrer kulturellen und sozialen, ökologischen und ökonomischen Breite aufzugreifen.
- Sie sind defensiv, wo es darum ginge, die unmittelbaren finanziellen Vorteile einer an Klimaschutz, Energieeffizienz und sozialem Zusammenhalt orientierten öffentlichen Daseinsvorsorge offensiv unter Beweis zu stellen.
- Sie führen die öffentliche Beschaffung über das Einzelbeispiel auf der lokalen Ebene nicht aus dem alles beherrschenden Motto des „Geiz ist geil“ heraus. Statt auf das Preis-Leistungs-Verhältnis entlang der Lebens- und Nutzungszeit von Gütern und Dienstleistungen zu achten, liegt das Augenmerk oftmals verkürzt auf geringen Anschaffungs- und Baukosten.

- Sie sind vormodern, wo es jetzt mehr denn je darum ginge, eine Koalition von Staat und Bürgern zu einem neuen Verständnis von Lebensqualität zu gewinnen, das weit mehr enthält als billigen Konsum.

2 Empfehlungen an die Bundesregierung

2.1 EU-Richtlinie vollständig umsetzen und für Beschaffungsreform nutzen

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung empfiehlt der Bundesregierung, die Reform der öffentlichen Beschaffung umfassend anzugehen. Die öffentliche Beschaffung soll zu einer Jobmaschine für Nachhaltigkeit werden. Märkte und Wettbewerbsfähigkeit von zukunftsbeständigen Produkten und Serviceleistungen sollen ausgebaut werden.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung vertritt die Auffassung, dass Chancen wichtiger als Pflichten sind. Chancen bestehen, weil die nachhaltige Beschaffung bereits heute in der Praxis möglich ist. Die Pflicht zur Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht steht außer Zweifel. Im Hinblick auf die öffentliche Beschaffung gibt es daneben aber auch die Chance, Zukunftsmärkte zu gestalten. Die Erfüllung der Pflicht ist Voraussetzung für die Generierung neuer Chancen.

Dazu braucht es allerdings die volle politische Aufmerksamkeit. Mit einer minimalistischen, formalen Rechtsumsetzung ist es nicht getan.

Bei der Frage der Umsetzung dieser Richtlinien geht es um eine glaubhafte Nachhaltigkeitsorientierung in der öffentlichen Beschaffung und letztlich um ein glaubhaftes Nachhaltigkeitsmanagement der öffentlichen Dinge. Der „rote Faden Nachhaltigkeit“ muss im politischen Handeln sichtbar werden.

Deshalb empfiehlt der Rat für Nachhaltige Entwicklung, die Formulierung des Art. 26 der EU-Richtlinie in vollem Umfang und Wortlaut

in das deutsche Vergaberecht zu übernehmen. Durch die vollständige Umsetzung der EU-Richtlinie wird Klarheit und Sicherheit in der Rechtsgrundlage geschaffen.

2.2 Ziele verbindlich machen

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung empfiehlt, die Änderung des Vergaberechts bei öffentlichen Aufträgen dabei zu einem Kernstück der Finanzpolitik zu machen. Soziale und umweltbezogene Kriterien in das Vergaberecht aufzunehmen ist ein wichtiger Schritt.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung fordert die Bundesregierung auf, diesen Weg weiterzugehen und verbindliche Ziele für die nachhaltige Beschaffung zu vereinbaren.

Vordringlich ist die Festlegung eines Zieles zur CO₂-Einsparung. Hierzu sind der CO₂- Fußabdruck (carbon footprint) der öffentlichen Beschaffung zu ermitteln und ein Minderungsziel in Übereinstimmung mit den Zielstellungen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie (Indikatoren zu Energieproduktivität, Treibhausgasen) zu bestimmen.

Rat für Nachhaltige Entwicklung:

„Wirksamer durch mehr Verbindlichkeit“, Berlin 2007

So lautet die Schlussfolgerung, die der Rat für Nachhaltige Entwicklung mit Blick auf eine zukünftige Nachhaltigkeitsstrategie gezogen hat.

Stichworte sind u. a.:

- Nur was sich messen lässt, kann man auch managen.
- Das Management der öffentlichen Dinge verbessern.
- Zielkonflikte benennen und das Lernfeld gestalten.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/veroeffentlichungen/empfehlungen/wirksamer-durch-mehr-verbindlichkeit/>

2.3 Nachhaltigkeitsprüfung exemplarisch testen

Anzuraten ist der Bundesregierung, eine exemplarische Nachhaltigkeitsprüfung durchführen, um konkrete Vorteile der nachhaltigen Beschaffung sowie deren Herausforderungen sichtbar zu machen. Zweckmäßig erscheint diese Nachhaltigkeitsprüfung für folgende repräsentative Güter der alltäglichen öffentlichen Beschaffung:

Papier | Dienstwagen | Heizenergie in Liegenschaften

Es steht zu erwarten, dass Nachhaltigkeitskriterien auf den Lebenszyklus der Produkte bezogen zu einer Einsparung finanzieller Mittel führen. Deshalb sollte die Nachhaltigkeitsprüfung auch die Wirtschaftlichkeit der Beschaffungsausgaben im Sinne eines Return on Investment (ROI) erheben, um die finanziellen Effekte von Einzelinvestitionen umfassend zu beurteilen.

Der Einsparung zum Beispiel durch verbrauchsarme Beleuchtung geht in aller Regel eine erhöhte Investition voraus. Oft aber scheitern gute Vorsätze gerade daran. Mangelnde Investitionsmittel machen den Einstieg in eine an sich langfristig kostensparende Beschaffung unmöglich. Eine Lösung könnte sein, dass die öffentliche Hand für bestimmte Zwecke eine neue Art von Umstellungsbeihilfe bereitstellt, die die kurzfristige Investition zur gesamtbezogenen Kosteneinsparung ermöglicht.

2.4 Monitoring öffentlicher Beschaffung einführen

Es wird angeregt, in den Jahresberichten des Bundesrechnungshofs den Anteil von Produkten im Sinne der nachhaltigen Beschaffung zu bewerten. Damit soll zweierlei erreicht werden:

- **Monitoring der finanziellen Einsparung:**
Durch die von McKinsey im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Wirtschaft erstellten Gutachten über die „Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland“ steht nunmehr fest, dass eine erhebliche CO₂-Minderung zu sogenannten negativen Kosten (also indem mit diesen Maßnahmen Geld verdient werden kann) möglich ist.

Bei Annahme einer marktwirtschaftlich moderaten Kostenschwelle von 20 € pro Tonne CO₂, die den allgemein erwarteten Handelspreis von CO₂-Zertifikaten deutlich unterschreitet, ist eine weitere erhebliche Menge von insgesamt 26 % der Treibhausgasemissionen bezogen auf das Basisjahr 1990 einzusparen – und zwar allein durch Effizienzmaßnahmen.

Dies gilt in angepasster Form, das heißt ohne den Anteil der unter Umständen geltenden öffentlichen Subvention, auch für die öffentliche Beschaffung und sollte offengelegt werden.

- Monitoring des tatsächlichen Standes, von sozialen und ökologischen Kriterien im Beschaffungswesen Gebrauch zu machen.

Das geeignete Instrument ist ein Nachhaltigkeitsbericht.

Jedes Unternehmen trägt Verantwortung über die Werkstore hinaus. Unter der Überschrift Corporate Social Responsibility (CSR) machen führende Unternehmen Anstrengungen, ihre unternehmerische Verantwortung in Deutschland und weltweit durch ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Handeln aktiv wahrzunehmen.

Was für die Unternehmen gilt, soll in analoger Form auch für den „Investor Staat“ mit seinem Beschaffungsetat von 360 Mrd. € p. a. gelten.

Wichtige Instrumente zum Nachhaltigkeitsmanagement sind zum Beispiel: ökologische und soziale Standards in der Zulieferkette, regelmäßige Nachhaltigkeitsberichte, die Berichte nach dem Aktienrecht über die nicht finanzielle Leistungsfähigkeit der Unternehmen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung regt an, dass die Bundesregierung regelmäßig einen Bericht zur gesellschaftlichen Verantwortung der öffentlichen Beschaffung (Nachhaltigkeitsbericht) erstellt.

Rat für Nachhaltige Entwicklung: „Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt – Ein deutsches Profil der Corporate Social Responsibility“, Berlin 2006

Der Bundesregierung wird u. a. empfohlen, die Erwartungen an die unternehmerische Verantwortung gleichermaßen als „gesellschaftliche Verantwortung“ im eigenen Bereich anzuerkennen. Es ist der Primat der Politik, gesellschaftliche Verantwortung zu definieren und wahrzunehmen. Hierfür kommt die öffentliche Beschaffung ebenso in Frage wie die Ausrichtung von Renten- und Gesundheitspolitik an Nachhaltigkeitszielen. Verbraucher- und Forschungspolitik, die Bildungs-, Kultur- und Familienpolitik bieten wichtige Felder.

Der Bundesregierung wird ferner empfohlen, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen auch im öffentlichen Beschaffungswesen als Kriterien bei der Auftragsvergabe zu berücksichtigen.

Freiwilliges Engagement von Unternehmen für die Gesellschaft, Selbstbindung und Selbstverpflichtung sind wesentliche Kennzeichen einer Nachhaltigkeitspolitik.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/veroeffentlichungen/empfehlungen/unternehmerische-verantwortung-in-einer-globalisierten-welt-ein-deutsches-profil-der-corporate-social-responsibility/>

2.5 Informationen verbessern

Es gibt bereits eine ganze Reihe von Leitfäden zur umweltfreundlichen Beschaffung.¹ Um konkrete Hilfe für die Anwendung sowohl sozialer als auch umweltbezogener Kriterien in der öffentlichen Beschaffung zu leisten, wird der Bundesregierung empfohlen, eine Handreichung für nachhaltige Beschaffung zu entwickeln und deren Berücksichtigung zu fördern. Initiativen zur freiwilligen Selbstverpflichtung auf Nachhaltigkeitsaspekte in der Beschaffung sollten unterstützt werden.

¹ Eine Übersicht von Leitfäden steht zum Download bereit z. B. unter:
http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/16875/leitfadenfinder_allgemein.xls?command=downloadContent&filename=leitfadenfinder_allgemein.xls [28.03.2008]

2.6 Beauftragter der Bundesregierung für Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

Um die Ansätze in der Bundesregierung zur Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung zu bündeln, soll ein Beauftragter der Bundesregierung eingesetzt werden. Die Kosten für diese Personalstelle werden aus den Einsparungen durch nachhaltige öffentliche Beschaffung finanziert.

3 Hintergrund der Empfehlungen

3.1 Zur aktuellen Umsetzung der EU-Richtlinien zur öffentlichen Beschaffung 2004/17/EG und 2004/18/EG

Eine Neufassung der Richtlinien zur öffentlichen Beschaffung ist zur Zusammenfassung mehrerer Änderungen notwendig geworden. Sie ist auch eine Reaktion auf das Grünbuch der Kommission vom 27. November 1996. Die EU verbessert die Klarheit in Bezug auf die Zuschlagskriterien und will die Möglichkeiten der öffentlichen Auftraggeber vergrößern, auf Bedürfnisse der Allgemeinheit einschließlich des ökologischen und oder sozialen Bereiches einzugehen. „Diese Richtlinie stellt daher klar, wie die (öffentlichen) Auftraggeber zum Umweltschutz und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung beitragen können, und garantiert ihnen gleichzeitig, dass sie für ihre Aufträge ein optimales Preis-Leistungs-Verhältnis erzielen können.“²

Die Vergaberichtlinien waren bis zum 31. Januar 2006 in nationales Recht umzusetzen. Bis zum Jahr 2007 haben 20 von 27 EU-Mitgliedsstaaten die EU-Richtlinien vollständig umgesetzt. Das EU-Parlament hat

² Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste, Nr. 11.

die zögerliche Umsetzung in den übrigen Mitgliedsstaaten kritisiert und nochmals die vollständige Umsetzung gefordert.

Die erste Stufe der Vergabeverordnung wurde am 1. November 2006 abgeschlossen. In die Verdingungsordnungen wurden von der Bundesregierung 95 % der umweltrelevanten Punkte übernommen. Die Artikel 38 RL 2004/17/EG³ sowie Art. 26 RL 2004/18/EG⁴, die Bedingungen für die Auftragsausführung beschreiben, wurden in der Vergaberechtsreform jedoch ausgeklammert. Die Bundesregierung hat sich unterdessen geeinigt, die Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien im deutschen Vergaberecht grundsätzlich zu ermöglichen. Damit begibt sich die Bundesregierung auf den Weg, „die Erwartungen an die unternehmerische Verantwortung gleichermaßen als gesellschaftliche Verantwortung im eigenen Bereich anzuerkennen“.⁵

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung fordert die Bundesregierung auf, diesen Weg weiterzugehen und verbindliche Ziele für die nachhaltige Beschaffung zu vereinbaren.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte auf der Jahreskonferenz im November 2007, dass sie Nachhaltigkeit Schritt für Schritt zum Leitprinzip ihrer Politik machen wolle.

Soziale und ökologische Kriterien können im bestehenden Vergaberecht bereits berücksichtigt werden, so sie in der Leistungsbeschreibung als zu erbringende Leistung aufgeführt sind und im Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand stehen. In der Vergabepaxis kam das bislang dort vor, wo sich beispielsweise Bundesministerien Selbstbindungen auferlegt haben und gutes Beispiel im Sinne der Ressortpolitik geben

3 Art. 38 RL 2004/17/EG (31. März 2004) zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie, Verkehrsversorgung sowie der Postdienste: „Die Bedingungen für die Ausführung eines Auftrages können insbesondere soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen.“

4 Art. 26 RL 2004/18/EG (31. März 2004) über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge: „Die öffentlichen Auftraggeber können zusätzliche Bedingungen für die Ausführung des Auftrages vorschreiben, sofern diese mit dem Gemeinschaftsrecht vereinbar sind und in der Bekanntmachung oder in den Verdingungsunterlagen angegeben werden. Die Bedingungen für die Ausführung eines Auftrages können insbesondere soziale und umweltbezogene Aspekte betreffen.“

5 Rat für Nachhaltige Entwicklung, Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt – Empfehlungen des RNE, Berlin 2006, Seite 9.

wollen. Die Neufassung der Richtlinie erwähnt diese Möglichkeiten ausdrücklich, was die Nachhaltigkeitsaspekte in der öffentlichen Beschaffung stärkt.

3.2 Nachhaltigkeit als Orientierung in der öffentlichen Beschaffung

Der grundsätzlichen politischen Ausrichtung am Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ist insbesondere auch dann zur Wirksamkeit zu verhelfen, wenn wissenschaftliche Gutachten eine neutrale Marktorientierung im Beschaffungswesen empfehlen, deren Begründungen den Rat für Nachhaltige Entwicklung nicht in allen Punkten zu überzeugen vermögen.

Nachhaltigkeit ist eine vergabeimmanente Leistung

In einem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), das sich mit dem öffentlichen Beschaffungswesen befasst hat, werden Nachhaltigkeitsförderung, soziale Bestrebungen sowie Innovations- und Wirtschaftsförderung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als „vergabefremde“ Ziele bezeichnet. Diese stünden potenziell im Verdacht, Intransparenz und Vetternwirtschaft Tür und Tor zu öffnen.⁶

Das europäische Recht ist in Bezug auf die Zulässigkeit sozialer und ökologischer Kriterien entgegen diesem Gutachten eindeutig. Es handle sich bei sozialen und umweltbezogenen Kriterien um vergabeimmanente Ziele. Im Kern geht es um die Frage, ob eine Leistung von einem zuverlässigen Wirtschaftspartner dauerhaft für den Auftraggeber zufriedenstellend und ohne negative Effekte auf das Gemeinwohl erbracht werden kann. Ein im April 2008 gefälltes Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) hat die Diskussion um Kriterien für angemessene Bezahlung von Dienstleistungen neu entfacht. Sogenannte Tariftreue-Gesetze, wonach öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich verpflichten, die örtlichen Branchentarifverträge einzuhalten, widersprechen den EU-Regeln für die Entsendung von Arbeitnehmern.

⁶ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Gutachten Öffentliches Beschaffungswesen, Berlin 2007, Nr. 23.

Aufgrund von EU-Recht sind bereits jetzt „die im Bereich der Arbeitsbedingungen und der Sicherheit am Arbeitsplatz geltenden nationalen und gemeinschaftlichen Gesetze, Regelungen und Tarifverträge während der Ausführung eines Auftrags anwendbar“.⁷ Das heißt, die regionalen bzw. nationalen allgemein verbindlichen Regelungen und die Tarifverträge des Anbietenden sind bereits jetzt bindend.

Vorwurf der Korruptionsanfälligkeit ist unbegründet

Der Gefahr der Korruptionsanfälligkeit kann nach Ansicht des Rates für Nachhaltige Entwicklung zuverlässig begegnet werden. Soziale und ökologische Aspekte müssen so ausgestaltet sein, dass sie dem Auftraggeber keine unbeschränkte Entscheidungsfreiheit einräumen, dass sie wesentlich mit dem Auftragsgegenstand zusammenhängen sowie ausdrücklich in der Bekanntmachung des Auftrages benannt und nachvollziehbar sind. Die Grundsätze wie die des freien Warenverkehrs, der Dienstleistungsfreiheit, Nichtdiskriminierung, Verhältnismäßigkeit und Transparenz werden durch die Erwähnung der Möglichkeit, soziale und ökologische Aspekte in der Auftragsvergabe zu berücksichtigen, weder suspendiert noch relativiert.

Um die Nachhaltigkeit von Beschaffungsmaßnahmen zu erreichen, ist eine kaufmännische Rechnungsführung unabdingbar. Deren Anwendung soll Fehlallokationen durch unvollständige Abbildung von Ressourcenaufkommen, Ressourcenverbrauch sowie unvollständige Ermittlung der produktbezogenen Kosten vermeiden.

Dass die kameralistische Praxis der öffentlichen Beschaffung von der nachhaltigen Budgetverwendung entfernt ist, belegt die jüngste Kritik des Bundesrechnungshofs an der Liegenschaftspolitik der Bundesregierung: „Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann überwiegend nicht beurteilen, ob die Gebäude in seinem Verantwortungsbereich wirtschaftlich geplant und betrieben werden.“⁸ Bereits in der Planungs- und Genehmigungsphase fehle es an einer vollständigen Darstellung und Erläuterung der Baunutzungskosten und in

⁷ Richtlinie 2004/17/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 zur Koordinierung der Zuschlagserteilung durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste, Nr. 45.

⁸ Bemerkungen 2007 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes, Bundesrechnungshof, Bonn 2007, S. 28.

der Betriebsphase erhebe die Bauverwaltung die Kosten überwiegend nicht vollständig und ordnungsgemäß. Ein Vergleich der geplanten mit den tatsächlich entstandenen Baunutzungskosten sei aufgrund unvollständiger Daten nur in wenigen Fällen möglich gewesen. Und die ausgewiesenen Baunutzungskosten seien in den überprüften Fällen um 30 % niedriger als die tatsächlichen Kosten angesetzt worden. Auch könne die Bauverwaltung die „Energieschleudern des Gebäudebestands nicht zuverlässig identifizieren, um sie dann in dem Förderprogramm der Bundesregierung zur energetischen Sanierung von bundeseigenen Liegenschaften zu berücksichtigen“.⁹

Dieses Beispiel charakterisiert nach Ansicht des Rates für Nachhaltige Entwicklung den unbefriedigenden Zustand bei der Bewirtschaftung einer der wichtigsten öffentlichen Ressourcen. Wenn die öffentliche Hand wirtschaftlich vernünftig handeln und beispielhaft für den Bereich der privaten Auftragsvergabe sein will, muss sie durchgehend Kriterien für die Berücksichtigung von Lebenszykluskosten anwenden.

Jüngste Studien zu Kosten je Tonne CO₂-Reduktion zeigen das überwältigende Potenzial von Gebäuden für wirtschaftlich attraktive CO₂-Reduktionsmaßnahmen.¹⁰ Von den 200 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen, die bis 2020 in Deutschland vermieden werden müssen, sind zwei Drittel mit Gewinn oder zu Nullkosten abzubauen. Die Hälfte davon (65 Mio. t) ist durch Effizienzmaßnahmen im Gebäudebereich (einschließlich Straßenbeleuchtung) erreichbar. Die nächsten großen Einsparpotenziale sind im Bereich Industrie (30 Mio. t), Transport (14 Mio. t) und Energie (13 Mio. t). Der größte Hebel, auf wirtschaftlich sinnvolle Art so viel CO₂ wie möglich zu beseitigen, liegt in Deutschland also bei Bauten. Das heißt, wir müssen bei der Gebäudemodernisierung und beim energieeffizienten Neubau anfangen.

⁹ Ebd.

¹⁰ McKinsey, Kosten und Potenziale der Vermeidung von Treibhausgasemissionen in Deutschland, Berlin 2007. [http://ww2.bdi.eu/initiativen/klimaschutz/initiative/Documents/Kosten%20und%20Potenziale%20der%20Vermeidung%20von%20Treibhausgasemissionen%20in%20Deutschland%20\(BDI,%20McKinsey\).pdf](http://ww2.bdi.eu/initiativen/klimaschutz/initiative/Documents/Kosten%20und%20Potenziale%20der%20Vermeidung%20von%20Treibhausgasemissionen%20in%20Deutschland%20(BDI,%20McKinsey).pdf)

Aus der Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung zum **Energie-Contracting auf Bundesliegenschaften**, Berlin 2001

„Alle Bundesliegenschaften sollen bis Ende 2002 zum Energie-Contracting ausgeschrieben werden. Ziel ist es, den Bestand an Bundesliegenschaften mit einer besseren Anlagentechnik und Gebäudedämmung auszustatten, sodass im Durchschnitt ein „4-Liter-Gebäude“ (4 Liter Heizöl pro Quadratmeter Wohnfläche pro Jahr) erreicht wird. Es wird erwartet, dass die Bereitstellung der Energiedienstleistung nicht nur energieeffizienter und damit ressourcenschonender, sondern letztlich auch kostengünstiger erfolgen wird.“

Im Vorfeld der Erstauflage der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 2002 hatte der Nachhaltigkeitsrat Projekte mit Leuchtturmcharakter vorgeschlagen, darunter auch das hier genannte Projekt zur Reform der öffentlichen Beschaffung am Beispiel der Bundesliegenschaften. Der Nachhaltigkeitsrat hat bereits zu Beginn der Nachhaltigkeitsstrategie deutlich unterstrichen, dass der öffentlichen Beschaffung eine zentrale Rolle nicht nur für die Glaubwürdigkeit, sondern auch die Wirksamkeit der Nachhaltigkeitspolitik zukommt.

Die Deutsche Energie-Agentur hat dieses Projekt seither für die Bundesregierung übernommen.

Der Vorsitzende des Nachhaltigkeitsrates, Dr. Volker Hauff, hat den schleppenden Ablauf des Sanierungsprozesses und die Nichtbeachtung der Baunutzungskosten wiederholt und auch mit Blick auf entsprechende Ausführungen des Bundesrechnungshofes 2007 kritisiert. Die Bundesregierung hat mittlerweile die Verbesserung der Genehmigungspraxis und der Betriebsüberwachung sowie CO₂-Benchmarks angekündigt.

http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Projektvorschlaege_RNE_an_BR_01.pdf

http://www.dena.de/de/themen/thema-bau/projekte/projekt/contracting/Bundestags-Drucksache_16/8676

Dem öffentlichen Sektor kommt deshalb in der Beschaffung besondere Bedeutung zu, ein Beispiel dafür zu setzen, wie Beschaffer ihrer Verantwortung zur CO₂-Reduktion gerecht werden können. Eine zentrale Rolle spielen hierbei die Handlungsfelder energieeffiziente Heizung bzw. Kühlung, Beleuchtung, Isolierung, Energie-Management und Contracting etc. Lebenszykluskosten-Betrachtung wird deshalb auch für jeden Beschaffer im öffentlichen Sektor obligatorisch.

Wo die öffentliche Hand an der falschen Stelle spart

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung kritisiert die Auffassung, dass es eine De-facto-Verpflichtung zum Kauf beim Billigstanbieter „ohne Rücksicht auf die Marktstruktur“¹¹ gebe. Denn zur Behandlung von ungewöhnlich niedrigen Angeboten heißt es in der Kommissionsmitteilung „Sozialbelange“ von 2001, dass sich die geltenden Vergaberichtlinien darauf beschränken, den Auftraggeber zu verpflichten, vor Ablehnung eines Angebots, das im Verhältnis zur Leistung ungewöhnlich niedrig zu sein scheint, Aufklärung darüber vom Bieter zu verlangen. „Der Auftraggeber [...] kann dieses [Angebot] ablehnen, wenn es ihm nicht ausreichend zuverlässig erscheint, ohne jedoch durch die Richtlinien dazu verpflichtet zu sein.“¹²

Die Kommissionsmitteilung verweist an dieser Stelle auf die Vorschriften von Mitgliedsstaaten, die Auftraggeber sogar dazu verpflichten, ungewöhnlich niedrige Angebote abzulehnen, wenn der niedrige Preis z. B. auf Verstöße gegen Beschäftigungsvorschriften oder das Arbeitsrecht zurückzuführen ist. Auch im deutschen Vergaberecht sind Angebote mit einem ungewöhnlich niedrigen Preis auszuschließen.¹³ Die Feststellung, wann es sich bei einem Angebot um eine eindeutige Unterbietung handelt, ist allerdings problematisch, da die Grenzen zwischen knapper Kalkulation und Dumping fließend sind.

¹¹ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Gutachten.

¹² Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Mitteilung der Kommission über die Auslegung des gemeinschaftlichen Vergaberechts und die Möglichkeiten zur Berücksichtigung sozialer Belange bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, KOM(2001) 566 endg., S. 17.

¹³ Siehe § 25 Nr. 2 Abs. 1 bis 3 VOL/A.

Die Europäische Union verpflichtet damit ausdrücklich nicht, das billigste Angebot auszuwählen. Es ist zwar möglich, bei einer Vergabe das kostengünstigste Angebot zu wählen, doch steht dem die Möglichkeit gegenüber, das wirtschaftlich günstigste Angebot zu wählen. Das wirtschaftlich günstigste Angebot kann sich in der Regel erst über die längere Betrachtung der Nutzungskosten herausstellen. Darum begrüßt der Rat für Nachhaltige Entwicklung ausdrücklich, dass die Berücksichtigung von Lebenszykluskosten vom Beirat des BMWi als zulässig bewertet wird, und stimmt der Auffassung des Wissenschaftlichen Beirats zu, dass es nicht unbedingt einen Zielkonflikt zwischen Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit gebe. Die Trennung der Verantwortlichkeiten für Kapital- und operative Kosten verhindert jedoch, Gesamtnutzungskosten über den Lebenszyklus zu berücksichtigen. Dieser grundsätzliche Konflikt zwischen kurzfristigen Anschaffungsbudgets und längerfristigen Kostengesichtspunkten ist ein dringendes organisatorisches Problem, das nach Ansicht des Rates für Nachhaltige Entwicklung in der öffentlichen Beschaffung schnellstmöglich überwunden werden muss.

Konnexitätsprinzip: Wer bestellt, zahlt – und profitiert

Die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und die Zahlung von Löhnen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen, sollten eine Selbstverständlichkeit in der Vergabe öffentlicher Aufträge sein. Ebenso verhält es sich mit der Wahrung von elementaren Menschenrechts-, Gesundheits- und Arbeitsschutzrechten in Wertschöpfungsketten öffentlich beschaffter Güter und Dienstleistungen.

Eine öffentliche Beschaffung, die von der Ausgrenzung unerwünschter Effekte profitiert, führt nach der Meinung des Rates für Nachhaltige Entwicklung in die ökonomische und soziale Sackgasse. Wenn Folgekosten, die durch unverantwortliche öffentliche Beschaffung entstehen, durch den Beschaffer selbst getragen werden müssen, sind diese Kosten als interne Kosten zu betrachten. Sie treffen den Beschaffer als Teil des Gesamthaushaltes „Staat“ direkt und indirekt bei verschiedenen staatlichen Kostenträgern. Diese Kosten werden in der Bilanz des Staatshaushaltes insgesamt wirksam. Der Einspareffekt, der durch die Beauftragung von billigsten Angeboten entsteht, wird dadurch null oder negativ. Diese Betrachtung kann auch auf EU-Ebene übertragen werden. Bei europaweiten Ausschreibungen belasten die Kosten unerwünschter externer Effekte die Volkswirtschaft der EU als Ganzes.

Die Verantwortung der öffentlichen Beschaffung für eine tragfähige, faire Wirtschaftsordnung bezieht sich nicht nur auf den Wirtschaftsraum Deutschland. Sie verweist ebenso wie die Nachhaltigkeitsstrategie auf eine weltweit nachhaltige Entwicklung. Letztlich hat die Frage nach einer Wirtschaftsordnung, die den Menschen global Zugang zu Wohlstand ermöglicht, auch eine sicherheitspolitische Dimension.

Durch nachhaltige Beschaffung kann die öffentliche Hand profitieren. Durch Effizienzgewinne kann Geld gespart und darüber hinaus das Klima geschützt werden.





Credible—cost-effective—viable for the future: modern procurement policies must be sustainable

**Recommendations of the German Council for Sustainable
Development to the German Government**

Contents

1	Introduction	21
2	Recommendations	25
2.1	Fully implement the EU Directive and utilise it for procurement reform	25
2.2	Make objectives binding	25
2.3	Trial run of the sustainability test	26
2.4	Introduce monitoring of public procurement	27
2.5	Improving access to information	29
2.6	A German government commissioner for sustainability in public procurement	29
3	Background to the Recommendations	30
3.1	On the current implementation of EU Directives on public procurement 2004/17/EC and 2004/18/EC	30
3.2	Sustainability as an orientation in public procurement	32

1 Introduction

The days of cheap oil are over, the warming of the earth's atmosphere promises to be a costly affair, and issues surrounding raw materials are becoming increasingly important for every economy around the world. Today, more than ever before, progress in energy efficiency and improved productivity with raw materials has a decisive influence on Germany's opportunities for the future. It is possible to avoid releasing enormous quantities of harmful greenhouse gases, and this can be done at a reasonable cost. What's more, these savings would create financial advantages and even generate profits. However, in order for this to happen, the State needs to create optimal conditions, introduce the right standards, and press ahead in a credible manner.

The challenges of dealing with climate change, securing sources of energy, and maintaining biodiversity are of a global nature, and only worldwide effective concepts will produce viable remedies. Nevertheless, the impact of these issues on people's lives is omnipresent and, in a political sense, can be immediately felt at local and national levels. In addition, local and national levels of taking action are often particularly well suited to blazing a trail toward a general awakening and transformation. Leading companies in Germany are picking up on the topic of sustainability with regard to products, processes and value chains. They have placed this within the framework of Corporate Social Responsibility (CSR). Energy-saving products, sustainable financial investments, and certification of sustainability for an increasing number of product classes—all of these things point in the right direction.

Private demand for products that are ecological and have been produced in a socially responsible manner is increasingly engendering a spirit of innovation in society. Consumers are right to criticise the harsh extra burden of rising energy prices. They object to waste and the destruction of the environment along with the health costs of poor nutrition and misguided ways of living. Support should be given to initiatives that advocate a lifestyle based on environmental and social awareness—and take into account strategic consumer decisions.

From the recommendation to the German Government by the German Council for Sustainable Development concerning the continuation of the pilot project **“The Sustainable Shopping Basket—A guide to Future-Oriented Consumption”**, Berlin 2003

Sustainable consumption entails purchasing, consuming, utilising, being mobile in a different manner—making conscious decisions. [...] If industrial and Western patterns of consumption were applied to the entire world, it would far exceed the ecological capacity of the planet. Global sustainability policies have to begin by focusing on how industrialised countries consume and produce, because only this can achieve the desired regulating effect and because cutbacks in consumption are primarily required here.

The “Sustainable Shopping Basket” project illustrates that these goods constitute a communication platform for discussing the basic issues surrounding sustainable consumption behaviour. This is also a way of including all actors and stakeholders, and, at the same time, in addition to environmental and agricultural policies, addressing transportation, construction, housing, energy, education and research policies along with state authorities as consumers.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/de/veroeffentlichungen/bestellservice/bestelldokumente/der-nachhaltige-warenkorb-ein-wegweiser-zum-zukunftsfaehigen-konsum/?blstr=0>

The German Council for Sustainable Development will soon revise its recommendation on the “Sustainable Shopping Basket” project from the year 2003.

State actors perform an important role in the interplay between demand and consumption decisions. On a federal, state and community level, authorities responsible for procurement spend large amounts of money on goods, services and public works contracts to carry out their administrative duties and provide services for the country’s citizens. In Germany, public authorities annually approve construction, supply and service contracts worth roughly € 360 billion. That amounts to roughly 17% of the gross domestic product (GDP). The allocation practices of the federal government lag behind other public contracting authorities. In that sense, a number of German states and communities have performed better in this area than the federal government.

However, as long as these expenditures are not explicitly and verifiably linked to sustainability criteria, there is a danger that taxpayers will have to pay twice over: On the one hand, they pay when savings potentials and efficiency are ignored, and on the other hand, they pay when the environmental and social bill arrives for mistakes that have been made.

Government procurement officers must live up to their function as role models, also when it comes to implementing patterns of consumption and production. If they fail to do so, or if this is not clearly demonstrated, it detracts from the credibility of state policies. Credibility is a valuable asset that can be more adversely affected by careless, ingrained, shortsighted or thoughtless public procurement than by other political decisions, which are subject to the changing tides of public opinion. Media debates on how government cars are purchased constitute just one example of this.

The credibility of Germany's sustainability policies can be measured according to how public procurement officials act as investors and consumers, and whether the country emulates the positive examples set by our neighbours in Europe. For instance, the Netherlands aim to achieve 100% sustainable public procurement by the year 2020. This is an ambitious goal that far exceeds the requirements of the EU.

In recent years, the German Government has made notable achievements with regard to its procurement policies. On the whole, however, public procurement is still characterised by dated processes and notions, and fails to keep pace with the demands of a modern approach to procurement that subscribes to the principle of sustainability. Positive examples include:

- Since January 2008, there has been an administrative regulation on environmentally-friendly and energy-efficient procurement. This helps all contracting authorities to give priority to the purchase of energy-efficient devices and services. Nevertheless, it remains to be seen whether states and local communities will adhere to this rule.
- Since January 2007 the federal administration has been required to purchase wood products from legal and sustainable forestry management sources only. Specific certificates are recognised as proof of this.

- By the year 2020 (!) the German Government (in its biodiversity strategy) has committed itself to procurement and public works that are oriented toward standards that maintain biodiversity.
- The EU has now already opened up the possibility of taking social and environmental aspects into consideration when awarding government contracts. The German Government has adopted a number of these regulations. The current so-called second stage of the reform of the allocation process also accepts social and environmental criteria for the execution of contracts. In addition, the EU Commission made proposals in 2007 concerning sustainable production and consumption behaviour, focusing particularly on sustainability criteria with regard to public procurement and the energy-efficient design of devices and processes, and dealing with the area of transport. This draft legislation is currently being debated. There are also plans to launch additional initiatives.

However, all of these efforts fall short of the mark.

- They are technocratic instead of setting an example of a culture that is more viable for the future.
- They are administratively shortsighted in terms of addressing aspects of a sustainable lifestyle that is culturally, ecologically and economically broad.
- They are defensive when what is actually required is an approach that puts to the test the direct financial advantages of providing services to the public that are oriented toward climate protection, energy efficiency and social unity.
- Aside from isolated examples at a local level, they fail to lead public procurement beyond the all-pervading penny-pinching mentality. Instead of observing the price-performance ratio of goods and services throughout their entire life cycle, attention is often shortsightedly directed toward low initial procurement and construction costs.
- They are out of step with today's standards when what is really needed is a coalition consisting of the State and its citizens that strives to reach a new understanding of the quality of life, entailing far more than just cheap consumption.

2 Recommendations

2.1 Fully implement the EU Directive and utilise it for procurement reform

The German Council for Sustainable Development recommends to the German Government that it should launch a comprehensive reform of public procurement. Public procurement should become a job machine for sustainability. The Government should enhance the markets and competitiveness of products and services that are viable for the future.

The German Council for Sustainable Development is of the opinion that opportunities are more important than obligations. Opportunities exist because sustainable procurement could already be feasibly practised today. There is no doubt concerning the obligation to transfer the EU Directive into German law. With regard to public procurement, there is also an opportunity to create future markets. Fulfilling this obligation is a necessary step for generating new opportunities.

In order to achieve this, however, it will require the full attention of elected officials. Minimalistic, formal legislative measures will not suffice. When it comes to the question of implementing these Directives, the objective is a credible orientation toward sustainability in public procurement and, in the final analysis, credible sustainability management of public property. The “common thread of sustainability” has to be more visible in the actions of the state.

Thus, the German Council for Sustainable Development recommends that the text of Article 26 of the EU Directive should be adopted, in full and to the letter, into Germany’s procurement law. Fully implementing the EU Directive will create clarity and a reliable legal basis.

2.2 Make objectives binding

The German Council for Sustainable Development recommends that amending the procurement law on government projects should also become the primary focus of state financial policies. Incorporating social and environmental criteria into the procurement law is an important step.

The German Council for Sustainable Development calls on the German Government to pursue this path and agree to binding objectives for sustainable procurement.

The main priority here is to set a goal for the reduction of CO₂ emissions. In order to accomplish this, the carbon footprint of public procurement needs to be determined, and a reduction target established in accordance with the objectives of the National Sustainability Strategy (indicators on energy productivity, greenhouse gases).

German Council for Sustainable Development:
“More Effective Thanks to a Greater Commitment”, Berlin 2007

This is the conclusion that was drawn by the German Council for Sustainable Development with regard to a future sustainability strategy. Key concepts include:

- You can only manage what is measurable.
- Improving the management of public affairs.
- Identifying areas of conflict and facilitating the learning process.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/veroeffentlichungen/empfehlungen/wirksamer-durch-mehr-verbindlichkeit/> (in German)

2.3 Trial run of the sustainability test

The German Government would be well advised to conduct a trial run of the sustainability test to identify concrete advantages of sustainable procurement and the challenges involved. It would be expedient to conduct this sustainability test for the following goods that are representative of daily public procurement:

Paper | Government cars | Energy for heating buildings

Applying sustainability criteria to the life cycle of products will presumably lead to financial savings. Hence, the sustainability test should also examine the cost-effectiveness of procurement expenditures with regard to return on investment (ROI) in order to comprehensively assess the financial impact of individual investments.

Achieving savings through the use of low-energy lamps, for example, usually requires a high level of investment. This is exactly where the best of intentions often fail. A lack of available investment funds can make it impossible to pursue long-term cost-cutting procurement. One solution could be that the State makes a new type of transitional aid available that allows for short-term investments to achieve overall long-term cost savings.

2.4 Introduce monitoring of public procurement

It is recommended that the annual reports of the General Accounting Office evaluate the proportion of products that conform to the principles of sustainable procurement. This would achieve two objectives:

- Monitoring financial savings:

The McKinsey report “Costs and Potentials of Greenhouse Gas Abatement in Germany,” prepared on behalf of the German Industry Association (BDI), has established that a significant reduction in CO₂ emissions could lead to so-called negative costs (in other words, money can be made with these measures).

Based on an economically moderate cost of up to € 20 per ton of CO₂, which is considerably lower than the generally expected trading price of CO₂ certificates, an additional significant reduction totaling 26% of greenhouse gas emissions in Germany (compared to the basis year of 1990) could be achieved—and this could be accomplished through efficiency measures alone.

This should be done in an appropriate form—in other words, without including the share of possible existing public subsidies—for public procurement as well, and should be disclosed.

- Monitoring the actual situation, making use of social and ecological criteria in public procurement.

A sustainability report is the appropriate instrument.

Every company has a responsibility that extends beyond the gates of the plant. Under the banner of Corporate Social Responsibility (CSR), leading

companies are actively endeavoring to live up to their responsibilities in Germany and around the world through economic, environmental and social action.

What holds true for companies should also hold true in an analogous manner for the State in its role as an “investor” with an annual procurement budget of € 360 billion.

Important tools for sustainability management include, for example, environmental and social standards in the supplier chain, regularly issued sustainability reports, and reports made in accordance with stock corporation law on the non-financial performance of companies. The German Council for Sustainable Development recommends that the German Government should regularly compile reports on the social responsibility of public procurement (sustainability reports).

The German Council for Sustainable Development: “Corporate Responsibility in a Globalised World—A German Profile of Corporate Social Responsibility”, Berlin 2006

It is recommended that the German Government should acknowledge the expectations placed on Corporate Social Responsibility as also representing “social responsibility” in its own spheres. The prime objective of the politicians must be to define and perceive social responsibility. This relates to public procurement as well as gearing pensions and health policies to sustainability goals. Consumer and research policies as well as education, culture and family policies provide important fields.

It is also recommended that the German Government should take into account the OECD guidelines for multinational enterprises as a criterion for awarding contracts in public procurement.

The voluntary commitment of enterprises to society and self-obligation are essential features of a sustainable development policy.

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/veroeffentlichungen/empfehlungen/unternehmerische-verantwortung-in-einer-globalisierten-welt-ein-deutsches-profil-der-corporate-social-responsibility/>

2.5 Improving access to information

There is already a wide range of guidelines available on environmentally-friendly procurement.¹ In order to provide concrete assistance for the application of both social and environmental criteria in public procurement, the German Government would be well advised to develop recommendations for sustainable procurement and promote adherence to these measures.

Initiatives for voluntary commitment to sustainability in procurement should be supported.

2.6 A German Government commissioner for sustainability in public procurement

In order to consolidate the approaches of the German Government in the realm of public procurement, a government commissioner should be appointed. The costs of this position would be financed using the savings from sustainable public procurement.

¹ An overview of the guidelines can be downloaded (in German) at http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/16875/leitfadenfinder_allgemein.xls?command=downloadContent&filename=leitfadenfinder_allgemein.xls [28 March 2008]



3 Background to the Recommendations

3.1 On the current implementation of EU Directives on public procurement 2004/17/EC and 2004/18/EC

The Directives on public procurement need to be revised to take into account a number of changes. This also comes as a reaction to the Green Book of the EU Commission from 27 November, 1996. The EU has improved the clarity of the conditions for granting subsidies and intends to improve the ability of public contracting authorities to address the needs of the general public, including environmental and social considerations. “This Directive therefore clarifies how the (public) contracting entities may contribute to the protection of the environment and the promotion of sustainable development, whilst ensuring the possibility of obtaining the best value for money for their contracts.”²

The Directives on awarding public contracts were supposed to be transposed into national law and implemented by all EU member states by 31 January, 2006. By the year 2007, however, only 20 out of 27 EU countries had completed this process. The European Parliament has criticised the slow implementation in the remaining member states and renewed its call for complete compliance.

² Directive 2004/17/EC of the European Parliament and of the Council from 31 March, 2004 on coordinating the procurement procedures of entities operating in the water, energy, transport and postal service sectors, no. 11.

The first stage of approving Germany's new legal regulations for public procurement was completed on 1 November, 2006. With regard to the regulations on tender procedures, 95% of the environmentally-related stipulations were adopted by the German Government. Article 38 of Directive 2004/17/EC³ and Article 26 of Directive 2004/18/EC⁴, which describe the conditions for completing contracts, were not included, however, in the reformed public procurement legislation. Since then, the German Government has agreed to allow social and environmental considerations to be taken into account when applying Germany's regulations on awarding public contracts. This is an important step by the German Government toward acknowledging that "the expectations placed on Corporate Social Responsibility also represent social responsibility in its own spheres."⁵

The German Council for Sustainable Development calls on the German Government to continue to pursue this approach and agree on binding targets for sustainable procurement.

German Chancellor Angela Merkel said at a press conference in November 2007 that she would take concrete steps to make sustainability the guiding principle of her policies.

Social and environmental criteria can already be taken into consideration under the current procurement law, provided such criteria are listed in the service description as a service to be provided in connection with the contractual agreement. Up until now, this has meant in practice that German federal ministries, for example, have imposed obligations on their own procurement to set a good example for the policies of a

3 Art. 38 of Directive 2004/17/EC (31 March 2004) on coordinating the procurement procedures of entities operating in the water, energy, transport and postal service sectors: "The conditions governing the performance of a contract may, in particular, concern social and environmental consideration."

4 Art. 26 of Directive 2004/18/EC (31 March 2004) on the coordination of procedures for the award of public works contracts, public supply contracts and public service contracts: "Contracting authorities may lay down special conditions relating to the performance of a contract, provided that these are compatible with Community law and are indicated in the contract notice or in the specifications. The conditions governing the performance of a contract may, in particular, concern social and environmental considerations."

5 German Council for Sustainable Development, *Corporate Responsibility in a Globalised World—A German Profile of Corporate Social Responsibility—Recommendations of the German Council for Sustainable Development*, Berlin 2006, p. 45.

specific branch of government. The new version of the Directive makes explicit mention of these possibilities, and thus reinforces aspects of sustainability in the area of public procurement.

3.2 Sustainability as an orientation in public procurement

Although certain academic studies have recommended an impartial market approach to public procurement that has failed to convince the German Council for Sustainable Development in a number of areas, the basic political objective of achieving sustainable development should be pursued.

Sustainability is an inherent criterion in the awarding of contracts

In a study compiled by the academic advisory council at the German Ministry for Economics and Technology (BMWi) that focused on public procurement, the efforts of small and medium-sized companies to promote sustainability, advocate social issues, support innovation and boost the economy were called “extraneous” objectives with regard to the awarding of contracts. The report said that attaining these goals could potentially give free reign to intransparency and nepotism.⁶

European law clearly contradicts this report and favours the use of social and environmental criteria. Social and environmental criteria are objectives that constitute inherent criteria for the awarding of contracts. In essence, the question is whether services can be provided by a reliable business partner in a manner that is satisfactory over the long term for the contracting authority and without negative effects for the public welfare. A ruling by the European Court of Justice in April 2008 sparked renewed debate over the criteria for appropriate remuneration of services. The court ruled that so-called “Tariftreuegesetze”—i. e. laws that restrict public contracts only to companies that commit themselves to paying local union wages—contravened EU regulations on hiring workers from other regions.

⁶ Academic advisory council at the German Ministry for Economics and Technology, study of public procurement, Berlin 2007, no. 23.

EU law already states that “the laws, regulations and collective agreements, at both national and Community level, which are in force in the areas of employment conditions and safety at work, apply during the performance of a contract.”⁷ In other words, the regional and national generally binding regulations and wage agreements of the provider are now already binding.

Allegations of susceptibility to corruption are unfounded

The German Council for Sustainable Development feels that the risk posed by the susceptibility to corruption can be effectively countered. Social and environmental aspects need to be developed so that they do not grant the contracting authority unrestricted freedom of choice, so that they are closely linked to the services provided, and are explicitly mentioned and made readily understandable in the public notice of the invitation for tenders. Accepted standards of free trade, freedom to provide services, non-discrimination, proportionality and transparency are neither suspended nor restricted by taking social and environmental aspects into consideration when awarding contracts.

In order to achieve sustainability in procurement measures, it is imperative that generally accepted accounting principles are respected. Use of such practices should prevent misallocations caused by incomplete projections of available resources, misuse of resources and incomplete studies of product-related costs.

The latest criticism of the German Government’s real estate policies voiced by the German General Accounting Office (*Bundesrechnungshof*) demonstrates just how far removed current financial practices in public procurement are from the principle of sustainability in budget planning: “The German Ministry for Transport, Construction, and Urban Development cannot, for the most part, judge whether the buildings under its responsibility are economically planned and managed.”⁸ Government auditors contend that already during the planning and approval stages there lacks a complete description and clarification of the occupancy costs, and during the operation stage the building

⁷ Directive 2004/17/EC of the European Parliament and of the Council from 31 March, 2004 on coordinating the procurement procedures of entities operating in the water, energy, transport and postal service sectors, no. 45.

⁸ 2007 comments on the budgeting and accounting practices of the German federal government, Bundesrechnungshof, Bonn 2007, p. 28.

administration in most cases does not completely or properly ascertain the costs involved. They also said that due to a lack of data, it was only possible in a few cases to compare the planned costs with the actually accrued occupancy costs. And the anticipated occupancy costs in the cases that were audited turned out to be 30 % lower than the actual costs. Furthermore, the accounting watchdogs noted that the building administration could not “reliably identify the energy guzzlers among its inventory of buildings in order to consider them as candidates for the German Government’s subsidy program for renovating government-owned buildings.”⁹

The German Council for Sustainable Development feels that this example characterises the unsatisfactory state of the management of a key public resource. If state authorities intend to act in an economically sound manner and act impeccably when it comes to awarding private contracts, they must consistently observe criteria that take into account life cycle costs.

The most recent study on the costs per ton of CO₂ reduction shows that buildings have an enormous potential for economically attractive CO₂ abatement measures.¹⁰ Of the 200 million tons of CO₂ emissions that need to be avoided by the year 2020 in Germany, two-thirds can be accomplished at a profit or at no extra cost. Half of this amount (65 m tons) can be achieved through efficiency measures in the area of buildings (including street lighting). The next sector with a significant potential for reductions is the area of industry with 30 million tons, followed by transportation (14 m tons) and energy (13 m tons). In Germany, the largest amount of leverage to reduce CO₂ emissions in an economically sound manner is thus in the area of buildings, i. e. in building modernisation and the construction of new energy-efficient buildings.

⁹ Ibid.

¹⁰ McKinsey, Costs and Potentials of Greenhouse Gas Abatement in Germany, Berlin 2007.
[http://ww2.bdi.eu/initiativen/klimaschutz/initiative/Documents/Report%20on%20Costs%20and%20Potentials%20of%20GHG%20abatement%20-%20Germany%20\(BDI,%20McKinsey\).pdf](http://ww2.bdi.eu/initiativen/klimaschutz/initiative/Documents/Report%20on%20Costs%20and%20Potentials%20of%20GHG%20abatement%20-%20Germany%20(BDI,%20McKinsey).pdf)

From the recommendation to the German Government by the German Council for Sustainable Development concerning **Energy Contracting on Federal Government Property**, Berlin 2001

“All federal government property should be put out for tender for energy contracting by late 2002. The aim is to equip these buildings with enhanced heating and cooling technology and improved insulation to achieve a “4-litre standard” (an annual consumption of 4 litres of heating oil per square metre of living space). It is expected that this will make the providing of energy services more energy-efficient, thus easing the burden on natural resources and, in the final analysis, creating a more cost-efficient solution.”

Prior to the first proclamation of the National Sustainability Strategy in 2002, the German Council for Sustainable Development had proposed a number of innovative projects, including the project mentioned here, to reform public procurement with regard to federal government property. During the early drafting stages of the Sustainability Strategy, the German Council for Sustainable Development had already clearly emphasised that public procurement plays a key role not only in terms of credibility, but also for the effectiveness of sustainability policies.

Since then, the German Energy Agency has assumed responsibility for this project on behalf of the German Government.

The Chairman of the German Council for Sustainable Development, Dr. Volker Hauff, has repeatedly criticised the slow progress of the modernisation process and the disregard for occupancy costs, also in reference to corresponding statements made by the General Accounting Office in 2007. The German Government has since then announced that it will improve the approval process along with operational monitoring and CO₂ benchmarks.

http://www.nachhaltigkeitsrat.de/uploads/media/Projektvorschlaege_RNE_an_BR_01.pdf

http://www.dena.de/de/themen/thema-bau/projekte/projekt/contracting/Bundestags-Drucksache_16/8676 (in German)

This means that the public sector plays a particularly important role in procurement and can set an example for how procurers can live up to their responsibility to reduce CO₂. Special attention should go here to areas of focus such as energy-efficient heating and cooling systems, lighting, insulation, energy management and contracting, etc. Hence, examining the life cycle cost of products becomes obligatory for each and every procurement official in the public sector.

Where the State is penny-wise and pound-foolish

The German Council for Sustainable Development criticises the view that there is a de facto “obligation to purchase from the cheapest provider regardless of the market structure.”¹¹ On the topic of dealing with unusually low offers, the 2001 Commission communication on “social considerations” stipulated that “under the current public procurement directives, where contracting authorities consider a tender to be abnormally low, their only obligation is to ask for an explanation from the tenderer before being able to reject the tender. The contracting authority [...] can reject [this offer] if it appears to be unreliable, although it is not required by the directives to do so.”¹² At this point, the Commission communication makes reference to the legislation adopted by member states that actually obliges contracting authorities to reject abnormally low tenders, for example, where this is due to non-compliance with employment or labor legal regulations. Even under German procurement law, offers with unusually low prices are to be rejected.¹³ It is, however, difficult to determine whether an offer is an unfair attempt at price undercutting, since there is a considerable gray area between tight calculations and dumping prices.

The European Union thus does not explicitly require contracting authorities to select the lowest offer. It is possible to award a contract to the cheapest offer, but it is also possible to choose the most economical offer. The most economical offer can generally only be determined after conducting a more long-term analysis of the utilisation costs. Hence, the

11 Academic advisory council at the German Ministry for Economics and Technology, study of public procurement, Berlin 2007, no. 57.

12 Commission of the European Community, interpretive communication of the Commission on the law applicable to public procurement and the possibilities for integrating social considerations into public procurement, COM(2001) 566 final, p. 17.

13 See section 25 no. 2, paragraphs 1 through 3 VOL/A.

German Council for Sustainable Development unequivocally welcomes the fact that taking into consideration the life cycle costs is deemed an acceptable approach by the academic advisory council at the German Ministry for Economics and Technology. The German Council for Sustainable Development also agrees with the advisory council's opinion that there is not necessarily a conflict between economic feasibility and sustainability. Separating the responsibility for capital and operative costs makes it impossible, however, to take into account the overall utilisation costs throughout the life cycle. This basic conflict between short-term procurement budgets and long-term cost factors is an urgent organisational problem that, according to the German Council for Sustainable Development, must be resolved in the area of public procurement as quickly as possible.

The connectivity principle: He who orders, pays—and profits

Respecting the ILO core labor standards and paying wages that allow people to lead their lives with dignity should be a matter of course when awarding contracts for the public sector. This also holds true for preserving elementary human rights, health rights and work safety rights in the value chains of publicly purchased goods and services.

A policy of public procurement that benefits from turning a blind eye to unwanted effects leads, in the opinion of the German Council for Sustainable Development, to an economic and social dead end. When operating costs that arise due to irresponsible public procurement have to be assumed by the procurer himself, these costs should be perceived as internal costs. They pertain directly to the procurer as part of the overall "state" budget, and indirectly to a number of different state cost carriers. These costs have a general effect on the final state budget. The savings effect that can be achieved by selecting the cheapest offers then becomes null or negative. This approach can also be applied at the EU level. When calls for tenders are made across Europe, the costs of unwanted external effects become a burden for the economy of the EU as a whole.

The responsibility of public procurement in contributing toward a sound and fair economic system pertains to more than just the economy in Germany. Like the Sustainability Strategy, it also relates to worldwide sustainable development. In the final analysis, the issue of an economic system that gives people access to prosperity also entails a security dimension.

The State can benefit from sustainable procurement. Enhancing efficiency can save money as well as protect the climate.



Die folgenden Stellungnahmen und Veröffentlichungen sind in der Schriftenreihe des Rates erschienen. Die Gesamtliste sowie die Möglichkeiten zum Download und zur Bestellung stehen bereit unter: www.nachhaltigkeitsrat.de

Publications of the German Council for Sustainable Development are available under www.nachhaltigkeitsrat.de. Printed versions can be ordered at: info@nachhaltigkeitsrat.de

- Der nachhaltige Warenkorb
Ein Wegweiser zum zukunftsfähigen Konsum
- Perspektiven der Kohle in einer nachhaltigen Energiewirtschaft [Deutsch/English]
Leitlinien einer modernen Kohlepolitik und Innovationsförderung
The Perspectives for Coal in a Sustainable Energy Industry
Guidelines for a Modern Coal Policy and the Promotion of Innovation
- Gebrauchsgüterexporte und Baupraxis von Gebäuden [Deutsch/English]
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
Export of Used Goods and Building Practice for Buildings
Recommendations of the German Council for Sustainable Development to the German Government
- Effizienz und Energieforschung als Bausteine [Deutsch/English]
einer konsistenten Energiepolitik
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung
Efficiency and Energy Research as Components of a Consistent Energy Policy
Recommendations of the German Council for Sustainable Development to the German Government
- Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt – [Deutsch/English]
Ein deutsches Profil der Corporate Social Responsibility
Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung
Corporate Responsibility in a Globalised World—A German Profile of Corporate Social Responsibility. Recommendations of the German Council for Sustainable Development
- Tätigkeitsbericht 2001 – 2007 des Rates für Nachhaltige Entwicklung
- Schutz der Biodiversität heißt aktuell: Biomasse-Produktion [Deutsch/English]
nachhaltig machen. Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung
Conserving biodiversity now means: Making biomass production sustainable
Recommendations of the German Council for Sustainable Development
- Welche Ampeln stehen auf Rot? Stand der 21 Indikatoren der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – auf der Grundlage des Indikatorenberichts 2006 des Statistischen Bundesamtes. Stellungnahme des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung informiert alle zwei Wochen in einem kostenlosen elektronischen Newsletter über Neuigkeiten aus dem Themenfeld Nachhaltigkeit sowie über seine Aktivitäten und Veröffentlichungen. Eine Anmeldung ist unter www.nachhaltigkeitsrat.de möglich.

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat die Aufgabe, Empfehlungen zur Nachhaltigkeitspolitik zu geben, Projekte mit Vorbildcharakter zu initiieren und das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Auf Europaebene nimmt der Rat über das Netzwerk europäischer Umwelt und Nachhaltigkeitsräte (EEAC) an einem regelmäßigen Austausch zu nationalen Nachhaltigkeitsstrategien teil. Informationen zu den Mitgliedern und der Arbeit des Rates finden Sie unter: www.nachhaltigkeitsrat.de

German Council for Sustainable Development

The German Council for Sustainable Development has the task to provide recommendations on Germany's sustainability policy, to suggest exemplary projects and to strengthen the topic in the public sphere. On European level, the Council regularly exchanges experiences with other European SD bodies on their respective national strategies through the Network of European Environmental and SD Advisory Councils (EEAC). Informations about members and activities of the council are available under: www.nachhaltigkeitsrat.de

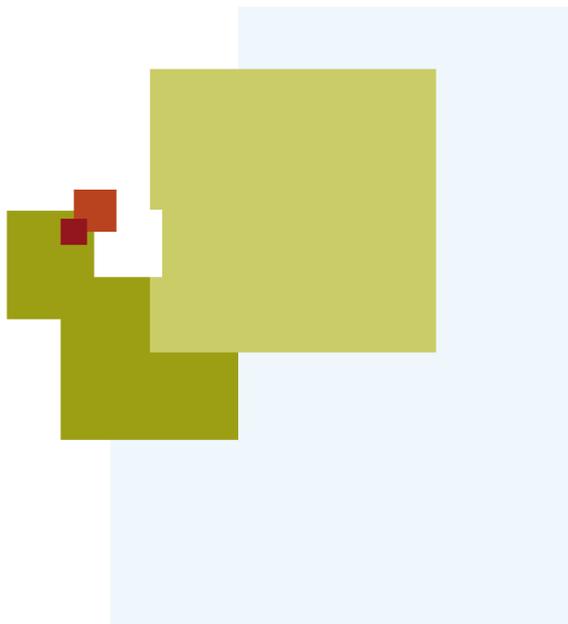
Dem Rat für Nachhaltige Entwicklung gehören 15 Personen aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen an:

The German Council for Sustainable Development consists of 15 members of different stakeholder groups:

Dr. Volker Hauff, Prof. Dr. Klaus Töpfer, Horst Frank, Dr. Hans Geisler, Prof. Dr. Ute Klammer, Prof. Dr. Edward G. Krubasik, Thomas Loster, Prof. Dr. Jürgen Rimpau, Prof. Dr. Georg Teutsch, Marlehn Thieme, Christiane Underberg, Michael Vassiliadis, Hubert Weinzierl, Ranga Yogeshwar, Dr. Angelika Zahrnt



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Impressum

© 2008, Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Technische
Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Übersetzung: Akzént-Dolmetscherteam

Grafik-Design: www.bert-odenthal.de

Lektorat: Petra Thoms, Berlin

© Fotos: Stockxpert.com (Autos);

www.photocase.de_zettberlin (Papier);

ARD-Hauptstadtstudio/Peggy Stein (Gebäude)

Gedruckt auf Recymago (aus 100 % Altpapier)

Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Rat für Nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de
info@nachhaltigkeitsrat.de



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



**Glaubwürdig – wirtschaftlich – zukunftsfähig:
Eine moderne Beschaffungspolitik muss
nachhaltig sein**

**Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung
an die Bundesregierung**

**Credible—cost-effective—viable for the future:
modern procurement policies must be
sustainable**

**Recommendations of the German Council for Sustainable
Development to the German Government**

Was ist Nachhaltigkeit?

Nachhaltige Entwicklung heißt, Umweltgesichtspunkte gleichberechtigt mit sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Zukunftsfähig wirtschaften bedeutet also: Wir müssen unseren Kindern und Enkelkindern ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge hinterlassen. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

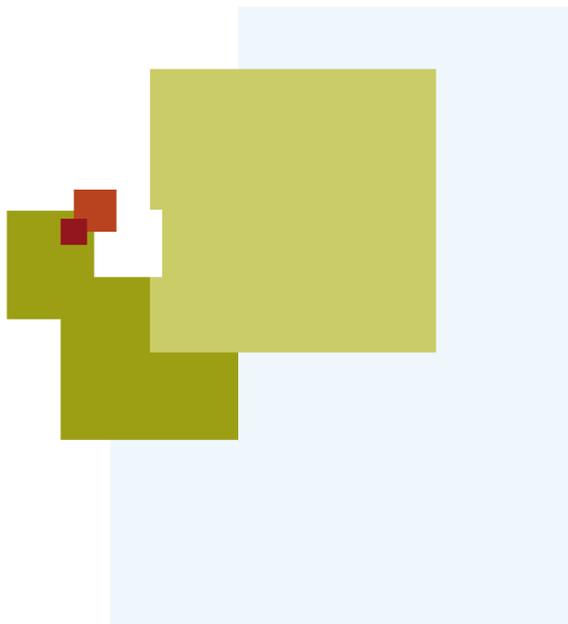
What is Sustainability? (Recommendations in English, see page 20)

Sustainability means to equally consider environmental aspects, social and economic aspects. Thus, future-oriented management means: we have to leave our children and grandchildren an intact ecological, social and economic system. One cannot be achieved without the other.





Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung



Impressum

© 2008, Rat für Nachhaltige Entwicklung
c/o Deutsche Gesellschaft für Technische
Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

Übersetzung: Akzént-Dolmetscherteam

Grafik-Design: www.bert-odenthal.de

Lektorat: Petra Thoms, Berlin

© Fotos: Stockxpert.com (Autos);

www.photocase.de_zettberlin (Papier);

ARD-Hauptstadtstudio/Peggy Stein (Gebäude)

Gedruckt auf Recymago (aus 100 % Altpapier)